

Müller, J. Heinz

Article — Digitized Version

Lohnpolitik und Einkommensverteilung

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Müller, J. Heinz (1968) : Lohnpolitik und Einkommensverteilung, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 48, Iss. 9, pp. 520-522

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133887>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Verein für Socialpolitik

Wissenschaftler diskutieren

Lohnpolitik und Einkommensverteilung

Interview mit Prof. Dr. J. Heinz Müller, Freiburg

In einem Turnus von zwei Jahren treffen sich die deutschsprachigen Wirtschaftswissenschaftler zur Tagung der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (Verein für Socialpolitik gegründet 1872). Ziel der Tagungen ist die Diskussion grundlegender Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. Nachdem in den letzten Veranstaltungen die Probleme der Weltwirtschaft (Travemünde 1964) und einer rationalen Wirtschaftspolitik (Hannover 1966) behandelt wurden, steht in diesem Jahr das Thema Lohnpolitik und Einkommensverteilung zur Debatte. Die wissenschaftliche Vorbereitung der Tagung lag in den Händen von Prof. Dr. J. Heinz Müller, Freiburg, mit dem wir uns über das Thema und die Organisation der Tagung unterhielten.

WD: Herr Prof. Müller, Fragen der Lohn- und Einkommenspolitik scheinen fast zwangsläufig zum Arbeitsgebiet eines „Vereins für Socialpolitik“ zu gehören. Zum Thema der diesjährigen Tagung in Berlin existieren jedoch bereits so viele Veröffentlichungen im In- und Ausland, daß sich damit ganze Bibliotheken füllen ließen. Warum wurde für Fachleute ein so weit durchdiskutiertes Thema gewählt?

MÜLLER: Ich darf zunächst ein wenig zum Verein für Socialpolitik sagen. Der genaue Name lautet „Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften“ und nur der Untertitel heißt „Verein für Socialpolitik gegründet 1872“. Wir sind, wie diese Bezeichnung besser sagt als der alte Name, eine Gesellschaft, die sich der Diskussion wirtschafts- und sozialwissenschaftlicher Fragen widmet. Außerdem ist es doch wohl so, daß das Problem der Einkommenspolitik in den Veröffentlichungen des In- und Auslandes durchaus nicht so erschöpfend behandelt worden ist, wie Sie un-

terstellen. Obwohl es verschiedene Publikationen zu diesem Thema gibt, wurden bislang noch nicht alle damit zusammenhängenden Aspekte erörtert und geklärt. In bezug auf die Lohnpolitik haben Sie recht, hier handelt es sich um ein breit diskutiertes Thema; aber es geht ja gerade heute um die Frage der Einbettung der Lohnpolitik in die Einkommenspolitik, und hier fehlt es an breiter Literatur.

Vorteil der Arbeitsgruppen

WD: Eine Neuerung der diesjährigen Tagung sind die Arbeitsgruppen. Welche Konzeption steckt dahinter?

MÜLLER: Wir versuchen auf dieser Tagung, zwei verschiedene Gesichtspunkte miteinander zu kombinieren. Einerseits gibt es eine ganze Reihe von Vorträgen, die vor dem Plenum gehalten werden und die deshalb nicht sehr intensiv in spezielle wissenschaftliche Fragestellungen eindringen können, um das Plenum nicht zu überfordern. Die drei Arbeitsgruppen, die in

Vormittags- und Nachmittagsitzungen jeweils ganz spezielle Probleme behandeln, sollen dagegen Einzelfragen vertieft diskutieren.

WD: Wollen die Wissenschaftler in Berlin Rezepte und Empfehlungen geben?

MÜLLER: Nein, die Wissenschaftler als Gesamtheit werden sicherlich keinerlei Rezepte und Empfehlungen geben. Dies schließt aber nicht aus, daß der einzelne Wissenschaftler im Rahmen seines Referates bestimmte Vorschläge machen kann, wenn er das für zweckmäßig hält.

Verteilungspolitische Aufgabe der Einkommenspolitik

WD: Die Einkommenspolitik soll im Mittelpunkt der Tagung stehen. Ist es in einer wachsenden Volkswirtschaft überhaupt sinnvoll, das Thema „Änderung der Einkommensrelation“ zur Diskussion zu stellen?

MÜLLER: Die Einkommenspolitik, wie sie in der jüngeren Vergan-

genheit diskutiert wurde, war in erster Linie daraufhin konzipiert, dem Stabilisierungsanliegen, konkreter ausgedrückt: dem Ziel der Geldwertstabilität, gerecht zu werden. Nun hat sich aber gezeigt, daß eine Einkommenspolitik ebenso auch verteilungspolitischen Anliegen Rechnung tragen muß, weil diejenigen Gruppen, die auf eine am Stabilitätsziel orientierte Einkommenspolitik verpflichtet werden sollen, die Möglichkeit haben müssen, ihre verteilungspolitischen Vorstellungen im Rahmen der Einkommenspolitik zur Geltung zu bringen.

WD: Neben der Einkommensbildungs- und Einkommensverteilungspolitik spielt im Rahmen der Tagung die Lohnpolitik eine große Rolle. Ein Referat lautet: Grundprobleme der Lohnpolitik. Ist dieses Thema nun nur hineingenommen worden, um den Gesamtbericht der Tagung abzudecken?

MÜLLER: Ich glaube, daß die Lohnpolitik immer noch den wichtigsten Teil der gesamten Einkommenspolitik bildet. Es ist aber sicher nicht so, daß sich, wie ein Teil der Arbeitgeberschaft auch heute noch meint, die gesamte Einkommenspolitik in der Lohnpolitik erschöpft. Eine solche Konzeption würde auf die Dauer nicht die Zustimmung der Gewerkschaften finden können, weil ja dann die Einkommenspolitik im wesentlichen zu ihren Lasten gehen würde. Die Versuche, die Lohnpolitik in einen breiteren Rahmen, eben in die Einkommenspolitik, einzubetten, sind außerordentlich schwierig, weil sich die Gewinne nicht direkt beeinflussen lassen. In einer Marktwirtschaft kommt ein Preisstopp als ein Mittel, die Gewinne indirekt zu beeinflussen, natürlich nicht in Frage. Andere indirekte Mittel sind die Geldpolitik und die Fiskalpolitik. Das Problem ist: wie läßt sich die Lohnpolitik so in eine Einkommenspolitik einbetten, daß hierbei die Gesamtheit die Lasten trägt, die nun einmal eine Geldwertstabilität von der Volkswirtschaft fordert. Eine einseitige Be-

lastung der Arbeitnehmer erscheint politisch auf keinen Fall vertretbar.

Lohnleitlinien und Gewerkschaften

WD: Die Lohnpolitik hat in der Bundesrepublik in der jüngsten Vergangenheit keine allzu große Rolle gespielt. Die Gewerkschaften konzentrierten sich stärker auf die Vermögensumverteilung. Das mag verschiedene Gründe haben. Einer ist sicherlich darin zu sehen, daß es Lohnleitlinien gibt, mit denen die Gewerkschaften im Rahmen der konzertierten Aktion einverstanden sind. Glauben Sie, daß sich dieser Zustand ändern wird, so daß es sich heute schon wieder lohnt, über Lohnpolitik zu diskutieren?

MÜLLER: Ich glaube, ja. Die depressive Phase, in der die Gewerkschaften keine kräftigen Lohnerhöhungen fordern konnten, liegt hinter uns. In diesem Jahr konnte die Lohnleitlinie relativ hoch gesetzt werden, weil wir durch die vorangegangene Depression manches aufzuholen hatten. Im nächsten Jahr wird aber wahrscheinlich die Situation schon wesentlich verändert sein. Dann erhebt sich die Frage, inwieweit sich die Gewerkschaften an die Lohnleitlinie halten werden. Ich glaube, daß sich hier schon sehr bald erhebliche Schwierigkeiten ergeben, insbesondere weil innerhalb der konzertierten Aktion die Spitze der Gewerkschaften keinerlei Tarifautonomie besitzt.

WD: Auf der Tagung des Vereins ist auch ein Sozialpartner-Gespräch vorgesehen. Was erhoffen Sie sich davon?

MÜLLER: Wir haben als eine Veranstaltung der Tagung vorgesehen, daß Vertreter der Sozialpartner über wirtschaftliche Bestimmungsgründe und Konsequenzen der Lohnbildung jeweils aus ihrer Sicht referieren. Anschließend soll eine Diskussion mit Wissenschaftlern stattfinden. Hierbei werden dann die Argumente der Sozialpartner einer wissenschaftlichen Erörterung unterworfen. An eine freie Diskussion ist in diesem Zu-

Programm

Die Tagung findet zwischen dem 30. September und 4. Oktober in Berlin statt.

Folgende Beiträge sind vorgesehen:

1. Oktober

Die Einkommensverteilung als soziales und wirtschaftliches Problem

Prof. Dr. H. Meinhold
Verschiedene Dimensionen der Lohntheorie

Prof. Dr. K. Rothschild

2. Oktober

Tarifverhandlungen: Strategie und Taktik

Prof. Dr. B. Kulp
Wandlungen der Einkommensstruktur im Wirtschaftswachstum

Prof. Dr. E. Streißer
Lohnänderungen und unternehmenspolitische Anpassungsprozesse

Prof. Dr. D. Schneider

3. Oktober

Arbeitsgruppe I
Probleme des Investivlohnes mit Referaten von

Prof. Dr. A. Oberhauser
und Dr. F. Coester

Arbeitsgruppe II
Lenkungsfunction der Löhne mit Beiträgen von

Prof. Dr. H. Lampert
und Prof. Dr. H. Gerfin

Arbeitsgruppe III
Probleme der Lohnfindung mit Referaten von

Prof. Dr. K. Braun
und Dr. G. Friedrichs

4. Oktober

Wirtschaftliche Bestimmungsgründe und Konsequenzen der Lohnbildung aus der Sicht der Sozialpartner

Sozialpartnergespräch mit Beiträgen von Dr. K. Eichler und Dr. H. Markmann. Zusatzbeiträge werden Dr. H. Ehrenberg, Prof. Dr. H. Giersch und Prof. Dr. A. E. Ott halten.

Schlußreferat: Möglichkeiten und Grenzen einer Verteilungspolitik
Prof. Dr. G. Bombach

sammenhang allerdings nicht gedacht, weil wir vermeiden wollen, daß „Reden zum Fenster hinaus“ gehalten werden, wie sie in der Auseinandersetzung zwischen den Sozialpartnern sehr üblich sind.

Ungleiche Verteilung von Kapital und Vermögen

WD: Wird die Rolle von Kapital und Vermögen in der Diskussion um eine breitgestreute Vermögensbildung nicht einfach überbewertet?

MÜLLER: Ich glaube, daß einige Befürworter einer breitgestreuten Eigentumsbildung in der Tat die Rolle von Kapital und Vermögen in der heutigen Volkswirtschaft überbewerten. Andererseits darf man nicht übersehen, daß aus der Sicht breiter Arbeitnehmerkreise auch heute noch die sehr ungleiche Verteilung von Kapital und Vermögen als ungerecht angesehen wird. Dabei kommt es dann weniger auf die Rolle des Kapitals an, als vielmehr auf die Tatsache, daß sich das Kapital nach dem Krieg in starkem Maße in den Händen weniger akkumuliert hat. Eine Änderung der ungleichen Verteilung des Kapitals wird sich über eine Änderung der Einkommensrelation allerdings nur sehr, sehr langfristig erreichen lassen, weil ja immer nur der Kapitalzuwachs in Zukunft anders verteilt werden kann als in der Vergangenheit. An eine Entzerrung von Kapital denkt in diesem Zusammenhang niemand.

WD: Entsteht nicht eine neue Zweiklassen-Gesellschaft, wenn die Vermögensbeteiligung der Arbeitnehmer allein auf große Unternehmen, auf Kapitalgesellschaften, beschränkt bleibt?

MÜLLER: Wenn Maßnahmen der Vermögensbeteiligung nur auf große Unternehmen, nämlich auf Kapitalgesellschaften, beschränkt bleiben, besteht in der Tat diese Gefahr. Aber ich glaube nicht, daß das unbedingt der Fall sein muß. Es gibt

auch — beispielsweise über die Zwischenschaltung von Fonds — Möglichkeiten, die in Personalgesellschaften beschäftigten Arbeitnehmer an einer solchen Politik teilhaben zu lassen. Es besteht ja schließlich auch die Möglichkeit, durch die Zwischenschaltung von Fonds die gesamte Volkswirtschaft am Vermögen großer Kapitalgesellschaften zu beteiligen.

Vermögensverteilung und Investitionsbereitschaft

WD: Eine Vermögensverteilungs- politik zugunsten der Arbeitnehmer wird auch Wirkungen auf die Investitionsneigung der Unternehmer haben. Beispielsweise ist im Krelle-Gutachten ja durchaus vorgesehen, eine Änderung der Vermögensverteilung gleichzeitig mit einer Investitionsförderung zu koppeln. Gibt es nach Ihrer Ansicht einen bestimmten Beteiligungssatz im Rahmen einer solchen Vermögensumverteilungs- politik, der gerade noch vertretbar wäre?

MÜLLER: Das ist eine Frage des Verhaltens der Unternehmer. Ich kenne keine empirische Untersuchung, die hier einen bestimmten Beteiligungssatz genau angeben könnte. Ich glaube auch, daß viel davon abhängt, inwieweit man eine Eigentumsbildung bei den Arbeitnehmern auch den Unternehmern als Ziel nahebringen kann. Wenn es die Unternehmer mit diesem Ziel wirklich ernst meinen, dann sollten die Auswirkungen auf die Investitionsneigung geringer sein als in dem Fall, in dem sie nur gezwungenermaßen eine Eigentumsbildung der Arbeitnehmer übernehmen. Ich möchte wohl der These zustimmen, daß ein Einbrechen der Arbeitnehmer in den Anteil der Gewinnbezieher die Investitionsbereitschaft tendenziell vermindert, aber ich glaube andererseits doch, daß hier das Verhalten der Unternehmer langfristig beeinflußt werden kann.

WD: Herr Professor, wir haben bisher nur über die volkswirtschaftlichen Aspekte der Tagung gesprochen. Es wird aber gerade bei diesem Thema unmöglich sein, die einzelwirtschaftlichen Wirkungen zu vernachlässigen. Welche Rolle werden betriebswirtschaftliche Aspekte auf der Tagung spielen?

MÜLLER: Die mikroökonomischen Aspekte werden natürlich in fast allen Referaten mit angesprochen, auch wenn sie nicht gerade im Vordergrund stehen. Daneben haben wir aber ein ganz spezielles Referat, das sich mit der Frage von Lohnänderungen und unternehmungspolitischen Anpassungsprozessen beschäftigt wird. Hier stehen also betriebswirtschaftliche Aspekte im Vordergrund.

Neue Aspekte als Ergebnis der Tagung

WD: Herr Professor, kann bei einer solchen Tagung überhaupt mehr herauskommen als das Gefühl bei allen Beteiligten: „Wiederum hat sich das bestätigt, was wir alle vorher genau wußten“?

MÜLLER: Das ist eine etwas schwierige Frage. Einerseits glaube ich schon, daß einige Teilnehmer im Anschluß an die Tagung sich ähnlich äußern werden. Ich bin jedoch nicht davon überzeugt, daß solche Äußerungen in jedem Falle richtig sind. Viele werden nachher glauben, sie hätten das, was bei der Tagung gesagt worden ist, schon gewußt, ohne es jedoch tatsächlich voll gekannt zu haben. Andererseits sind viele Fragen sehr umstritten, insbesondere eben die Kernfrage der Einbettung der Lohnpolitik in die Einkommenspolitik. Ich glaube daher, daß hier doch viele Teilnehmer neue Aspekte mit nach Hause nehmen werden. Schließlich verspreche ich mir auch von den Arbeitsgruppen eine vertiefte Erkenntnis auch für diejenigen Teilnehmer der Tagung, die wissenschaftlich anspruchsvolle Forderungen stellen.